



FACTSHEET IM AUFTRAG DER KLIMA-ALLIANZ DEUTSCHLAND UND GERMANWATCH (06/2025)

## Umweltschädliche Subventionen und Anreize im Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält verschiedene Vorhaben, die umweltschädliche Subventionen und Anreize erhöhen können. Das finanzielle Volumen aus zusätzlichen Ausgaben und entgangenen Einnahmen für den Staatshaushalt würde sich auf rund 9 bis 15 Mrd. Euro pro Jahr belaufen. Das bewirkt Fehlanreize und ist eine verpasste Chance für einen nachhaltigen Wirtschaftsumbau mit Zukunftspotential.

Trotz zahlreicher, wiederkehrender politischer Bekenntnisse gibt es in Deutschland keinen ausreichenden Fortschritt bei der Reform umweltschädlicher Subventionen. Ihr Volumen wurde vom UBA 2021 auf rund 65 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt (UBA 2021a). Getrieben durch die Maßnahmen in der Energiepreiskrise ist der Umfang fossiler Subventionen sogar auf 85 Mrd. Euro im Jahr 2023 angewachsen (FÖS 2025a). Die Subventionen blockieren die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, wirken häufig sozial ungerecht und belasten den Staatshaushalt. Ihre Umgestaltung wäre gut für Umwelt, Klima, Staatshaushalt und soziale Gerechtigkeit (FÖS 2021a; FÖS 2023a; FÖS/Prognos 2023).

Statt diese Potenziale zu nutzen, enthält der nun vorliegende Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus Union und SPD (CDU, CSU, SPD 2025) im Gegenteil verschiedene Maßnahmen, die umweltschädliche Subventionen und Anreize zementieren oder sogar ausweiten.

### 1 Übersicht über die umweltschädlichen Subventionen und Anreize

Folgende Tabelle 1 fasst die Maßnahmen des Koalitionsvertrages zusammen, die umwelt- und klimaschädliche Wirkungen entfalten und Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben. Erfasst wurden

- Erhöhungen oder Einführungen direkter Finanzhilfen
- Erhöhungen oder Einführungen von Steuervergünstigungen
- Rücknahmen oder Absenkungen bestehender (bzw. beschlossener) Instrumente zur Einpreisung von externen Umweltkosten.

**Die finanzielle Wirkung auf den Staatshaushalt beträgt bei Umsetzung aller Maßnahmen rund 9 bis 15 Mrd. Euro pro Jahr. Die Summe ist damit wahrscheinlich sogar höher als die jährlichen Mittel des geplanten neuen**

**Sondervermögens für Klimaschutzinvestitionen von 10 Mrd. Euro.** Da alle Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen, ist es nicht sicher, ob alle in vollem Umfang umgesetzt werden, so dass dies eine hypothetische Kalkulation der vollen Jahreswirkung ist.

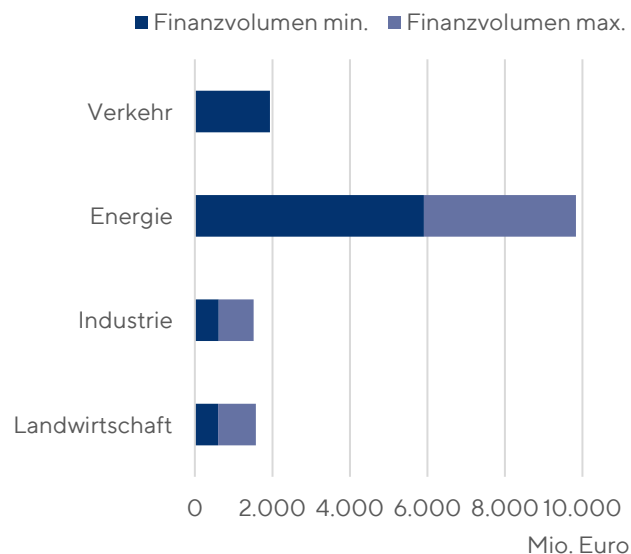
**Tabelle 1: Finanzielles Volumen der umweltschädlichen Subventionen und Anreize im Koalitionsvertrag (volle Jahreswirkung) in Mio. Euro**

Maßnahme	Volumen pro Jahr in Mio. Euro	
	min	max
<b>Verkehr</b>	<b>1.940</b>	<b>1.940</b>
Luftverkehrssteuer senken	580	580
Pendlerpauschale erhöhen	1.360	1.360
<b>Energie</b>	<b>5.908</b>	<b>9.830</b>
Strompreis senken 5 ct/kWh (fossiler Anteil*)	3.978	4.410
20 GW Gaskraftwerke fördern	1.930	5.420
<b>Industrie</b>	<b>615</b>	<b>1.520</b>
Strompreiskompensation ausweiten	330	660
Kompensation ETS 2 Industrie	285	860
<b>Landwirtschaft</b>	<b>600</b>	<b>1.575</b>
Ausnahme ETS 2 Landwirtschaft	375	1.125
Agrardiesel wieder einführen	225	450
<b>Gesamt</b>	<b>9.063</b>	<b>14.865</b>

Quelle: siehe Beschreibung zu den Maßnahmen im folgenden Abschnitt

\* gemäß Anteil fossiler Energieträger im nationalen Strommix

**Abbildung 1: Finanzielles Volumen pro Jahr nach Sektoren in Mio. Euro bei Umsetzung aller Maßnahmen**



Quelle: eigene Darstellung

Die konkreten Angaben zum finanziellen Volumen der einzelnen Maßnahmen entstammen offiziellen Angaben und Schätzungen der Bundesregierung, oder wurden vom FÖS quantifiziert. Da bei vielen Maßnahmen im Koalitionsvertrag die genaue Ausgestaltung noch unklar ist, sind die genannten Größenordnungen indikativ. In vielen Fällen mussten Annahmen für die Quantifizierung getroffen werden und es wurden deshalb Bandbreiten möglicher finanzieller Auswirkungen angenommen. Die methodische Vorgehensweise und Quellen bei den verschiedenen Schätzungen ist im folgenden Abschnitt dokumentiert.

Die Liste der Maßnahmen liefert noch keine vollständige Übersicht, da hier nur die quantifizierbaren Maßnahmen aufgenommen wurden. **Der Koalitionsvertrag enthält weitere Vorhaben, deren konkrete Ausgestaltung noch unklar ist und die ebenfalls umweltschädlich wirken und finanziell stark ins Gewicht fallen können.** Dazu gehören beispielsweise die Reform des Dienstwagenprivilegs, die Einführung eines Industriestrompreises, die Entlastung des Straßengüterverkehrs beim CO<sub>2</sub>-Preis oder Förderungen für die Bauwirtschaft.

## 2 Hintergrund zu den Maßnahmen

Im Folgenden werden die genannten Maßnahmen des Koalitionsvertrags kurz dargestellt und begründet, warum sie als umwelt- oder klimaschädlich einzustufen sind. Der Wortlaut des Koalitionsvertrags findet sich am Anfang jeder Maßnahme in kursiver Schrift. Ihr finanzielles Volumen beruht auf offiziellen Angaben oder eigenen Schätzungen des FÖS.

### 2.1 Verkehr

#### 2.1.1 Luftverkehrsteuer senken

*„Die luftverkehrsspezifischen Steuern, Gebühren und Abgaben wollen wir reduzieren und die Erhöhung der Luftverkehrsteuer zurücknehmen“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

##### Worum geht es?

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Luftverkehrsteuer abzusenken. Auch sollen weitere Steuern, Gebühren und Abgaben für den Luftverkehr reduziert werden, wobei unklar bleibt, welche damit konkret gemeint sind. Von Kerosin- und Umsatzsteuer beispielsweise ist der Luftverkehr bereits weitgehend befreit.

##### Das Vorhaben wirkt umweltschädlich, weil...

es das CO<sub>2</sub>-intensivste Verkehrsmittel begünstigt und zu zusätzlichem Luftverkehr und klimaschädlichen Emissionen führen wird. Bereits heute trägt der Luftverkehr seine externen Kosten (Klimawirkung durch CO<sub>2</sub>- und Nicht-CO<sub>2</sub>-Effekte<sup>1</sup>, Lärm, Luftverschmutzung etc.) nicht vollständig und profitiert von mehreren klimaschädlichen Subventionen, wie der Energiesteuerbefreiung des Kerosins und der Umsatzsteuerbefreiung für internationale Flüge (UBA 2021b).

##### Wie teuer wird es?

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2023 zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) wurde die Luftverkehrsteuer zuletzt zum 1.5.2024 angehoben. In diesem Zug wurde auch der Absenkungsmechanismus im Zusammenhang mit dem EU ETS 1 reformiert. Die damalige Bundesregierung rechnete mit Mehreinnahmen von etwa **580 Mio. Euro pro Jahr** (Tagesschau 2024). Diese Erhöhung mit den entsprechenden Einnahmen sollen nun wieder gestrichen werden.

<sup>1</sup> Neben den CO<sub>2</sub>-Emissionen tragen Kondensstreifen, Ozonbildung, Stickoxide, Wasserdampfemissionen etc. zur Klimawirkung des Luftverkehrs bei. Unter Annahme

#### Besser wäre stattdessen...

die Deckelung der Luftverkehrsteuer aufzuheben und diese weiterzuentwickeln um damit u.a. den Hochlauf weniger klimaschädlicher / klimaneutraler Treibstoffe zu unterstützen. Parallel sollte der Abbau der umweltschädlichen Subventionen international oder zumindest auf EU-Ebene vorangetrieben werden (insbesondere Kerosinsteuer- und Umsatzsteuerbefreiung). In Anlehnung an die globale Mindeststeuer auf die Treibhausgasemission des globalen Schiffsverkehrs für Mitgliedsstaaten der International Maritime Organization könnte ein ähnliches Instrument für den Luftverkehr geprüft werden.

#### 2.1.2 Pendlerpauschale erhöhen

*„Wir werden die Pendlerpauschale zum 01.01.2026 auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer dauerhaft erhöhen.“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

##### Worum geht es?

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Entfernungspauschale anzuheben. Mit ihr können Arbeitnehmende für ihren Arbeitsweg bislang 30 Cent je Kilometer (einfache Strecke) als Werbungskosten von der Einkommensteuer absetzen. Dieser Betrag soll nun auf 38 Cent ausgeweitet werden. Relevant ist dies jedoch nur für rund 25 % der Steuerzahlenden, und zwar vor allem für Haushalte mit höherem Einkommen. Die meisten Menschen bleiben auch mit der erhöhten Entfernungspauschale unterhalb des Werbungskostenpauschbetrags von 1.230 Euro.

##### Das Vorhaben wirkt umweltschädlich, weil...

es längere Fahrten mit dem Auto sowie die Zersiedelung fördert. Gemäß Fraunhofer FIT/IER (2022) würde eine Abschaffung der Entfernungspauschale rund 2,4 Mio. tCO<sub>2</sub> einsparen. Mit einer ökologischen Reform sind es sogar bis zu 4,7 Mio. tCO<sub>2</sub> (ebd.).

##### Wie teuer wird es?

In ihrer aktuellen Ausgestaltung kostet die Entfernungspauschale rund 5,1 Mrd. Euro pro Jahr (Fraunhofer FIT/IER 2022) bei rund 10 Mio. Empfänger:innen. Hochgerechnet von 30 auf 38 Cent entstehen demnach Mehrkosten in Höhe von **jährlich 1,36 Mrd. Euro**. Tendenziell könnten es sogar mehr werden, da die Anzahl der Empfänger:innen durch die Erhöhung steigen wird.

eines Radiative Forcing Indexes (RFI) von 3 (UBA 2019) liegt die Klimawirkung dreimal so hoch wie die CO<sub>2</sub>-Emissionen.

### Besser wäre stattdessen...

die Entfernungspauschale durch eine Härtefallregelung zu ersetzen oder sie ökologisch und sozial weiterzuentwickeln (siehe z. B. (FÖS 2023b). Sie ist umweltschädlich und es profitieren vor allem Haushalte der oberen Einkommenshälfte: von den aktuell rund 5,1 Mrd. Euro fließen 84 % an die obere und 16 % an die untere Hälfte der Bevölkerung (Fraunhofer FIT/IER 2022). Verbesserungen ihrer ökologischen und sozialen Wirkung sind möglich – mit der schlichten Erhöhung auf 38 Cent wird jedoch das Gegenteil erreicht. Die im Koalitionsvertrag erwähnte Prüfung einer „Arbeitstagepauschale“, bei der die Entfernungspauschale dann wegfallen müsste, könnte bei richtiger Ausgestaltung hingegen ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein.

## 2.2 Energie

### 2.2.1 Strompreissenkung um 5 ct/kWh

*„Wir wollen Unternehmen und Verbraucher in Deutschland dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh mit einem Maßnahmenpaket entlasten. Dafür werden wir als Sofortmaßnahme die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und Umlagen und Netzentgelte reduzieren.“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

#### Worum geht es?

Die Stromsteuer beträgt für Verbraucher:innen und die meisten Unternehmen aktuell 2,05 ct/kWh. Der EU-Mindestsatz für die nicht-betriebliche Verwendung beträgt 0,1 ct/kWh, bei der betrieblichen Verwendung 0,05 ct/kWh. Die Stromsteuer soll demnach um 1,95 ct/kWh – 2 ct/kWh gesenkt werden. Für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft besteht bereits eine Absenkung auf den EU-Mindestsatz von 0,05 ct/kWh, die bis Ende 2025 befristet ist. Diese Reduktion würde durch das Maßnahmenpaket verstetigt werden.

Die Netzentgelte für private Haushalte liegen derzeit bei durchschnittlich ca. 11 ct/kWh. Weitere Umlagen sind die Offshore-Netzumlage, §19 StromNEV-Umlage und die KWK-Umlage, die zusammen ca. 2,7 ct/kWh betragen (BDEW 2025). Für Unternehmen fallen die Netzentgelte und Umlagen sehr unterschiedlich aus, abhängig von Anschlussenebene und Stromverbrauch.

### Das Vorhaben wirkt potentiell umweltschädlich, weil...

Eine pauschale Strompreissenkung kann klimaschädlich wirken, da sie einen höheren Stromverbrauch begünstigt und damit Anreize zur Energieeinsparung schwächt. Solange der Strommix fossile Anteile enthält, kann ein höherer Verbrauch einerseits zu steigenden Emissionen führen. Zudem sinkt der ökonomische Druck, in Energieeffizienz zu investieren – ein zentraler Baustein der Transformation.

Andererseits kann ein niedrigerer Strompreis die Elektrifizierung in Sektoren wie Industrie, Wärme und Verkehr (z.B. durch Wärmepumpen und Elektromobilität) beschleunigen. Da dadurch die Nachfrage nach Primärenergie sinkt, ist damit bereits eine Steigerung der Energieeffizienz verbunden und eine Einsparung von Öl und Gas. Dieser Effekt wird umso größer, je stärker der Anteil der Erneuerbaren Energien am Strommix steigt (FÖS 2017; FÖS 2023c).

#### Wie teuer wird es?

Die Kosten für die geplante Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten belaufen sich nach ersten Berechnungen des BMF im Jahr **2025** auf rund **10,2 Mrd. Euro**, davon 4,8 Mrd. Euro für die Stromsteuersenkung und 5,4 Mrd. Euro als Bundeszuschuss für Übertragungsnetzbetreiber zur Senkung der Netzentgelte (FragDenStaat 2025a). Etwa **4 Mrd. Euro** der Subventionen können fossilen Energieträgern zugerechnet werden (klimaschädlicher Anteil).<sup>2</sup> Bis 2028 steigen die Gesamtkosten der Maßnahme kontinuierlich auf voraussichtlich 14,7 Mrd. Euro pro Jahr an (davon 4,4 Mrd. Euro klimaschädlich).

### Besser wäre stattdessen...

Entlastungen für Verbraucher:innen und Unternehmen nur differenziert und befristet zu gewähren. Für die Sektorenkopplung (Einsatz von erneuerbarem Strom in den Sektoren Wärme, Industrie und Verkehr) und Stromanwendungen, die zum Erreichen der Klimaziele beitragen, bspw. Wärmepumpen, sollten zielgerichtete Entlastungen greifen. Denkbar sind dabei Investitionsförderungen oder spezielle Strompreisentlastungen (etwa für Wärmepumpen). Darüber hinaus könnten Preisentlastungen für Strom aus erneuerbaren Energien greifen. Langfristig lassen sich die Strompreise durch Maßnahmen zur Förderung von Stromspeichern und Flexibilitäten in Kombination mit dynamischen Netzentgelten und Stromtarifen senken.

<sup>2</sup> Die Zuordnung fossiler Subventionsanteile erfolgt auf Basis des Anteils fossiler Energieträger im nationalen

Strommix (AGEB 2025). Annahmen für 2025: 39%; 2028: 30%

### 2.2.2 Förderung von Gaskraftwerken

*„Wir werden durch schnellstmögliche technologieoffene Ausschreibungen verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in ausreichend gesicherte Leistung und Versorgungssicherheit schaffen. Den Bau von bis zu 20 GW an Gaskraftwerksleistung bis 2030 wollen wir im Rahmen einer zügig zu überarbeitenden Kraftwerksstrategie technologieoffen anreizen.“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

#### Worum geht es?

Union und SPD haben sich darauf verständigt, die im letzten Jahr verabschiedete Kraftwerksstrategie um bis zu 10 GW zusätzliche Gaskraftwerke zu erweitern. Dabei ist unklar, ob es sich um reine Gaskraftwerke bzw. wasserstofffähige Gaskraftwerke handeln wird, oder ob – was die sonst nicht verständliche Formulierung „technologieoffen anreizen“ nahelegt – sich auch andere Flexibilitätsoptionen (etwa Stromspeicher, Nachfragemanagement von Unternehmen ...) an der Ausschreibung beteiligen können.

Die bisherige Kraftwerksstrategie sieht den Neubau von 5 GW wasserstofffähigen Gaskraftwerken, 5 GW konventionellen Gaskraftwerken und 500 MW wasserstoffbetriebenen Sprintern vor (FÖS 2025b). Das Kraftwerkssicherheitsgesetz zur Umsetzung der Strategie wurde von der Ampelregierung nicht mehr verabschiedet.

#### Das Vorhaben wirkt umweltschädlich, weil...

Erdgas ein klimaschädlicher Energieträger ist. Zwar emittieren moderne Gaskraftwerke bei der Verbrennung weniger CO<sub>2</sub> als Kohlekraftwerke, doch dieser vermeintliche Vorteil relativiert sich deutlich, wenn man die gesamte Klimawirkung von Erdgas berücksichtigt. Erdgas besteht überwiegend aus Methan – einem Treibhausgas, das rund 25-mal so stark zur globalen Erwärmung beiträgt wie CO<sub>2</sub>. Beim Transport, der Förderung und Lagerung von Erdgas entweichen regelmäßig Methanemissionen – sogenannte methane leaks –, die in der Gesamtrechnung die Klimabilanz von Erdgas erheblich verschlechtern. Studien zeigen, dass schon geringe Leckageraten ausreichen, so dass Erdgas so klimaschädlich wie oder gar klimaschädlicher als Kohle wird (siehe Quellen in FÖS 2021b; Süddeutsche Zeitung 2019).

Der Neubau von Gaskraftwerken wirkt infrastrukturell und klimapolitisch pfadabhängig. Neue Kraftwerke sind kapitalintensive Anlagen mit einer geplanten Laufzeit von mehreren Jahrzehnten. Mit jedem Neubau wird fossile Infrastruktur geschaffen, die eine langfristige Nutzung fossiler Energieträger voraussetzt, um wirtschaftlich betrieben werden zu können. Das widerspricht nicht nur den langfristigen Klimazielen, sondern erschwert auch den schnellen Hochlauf erneuerbarer Energien. Zudem besteht die Gefahr, dass durch den parallelen Aufbau fossiler Überkapazitäten ein sogenannter Lock-in-Effekt entsteht: Fossile Kraftwerke konkurrieren mit erneuerbaren Energien um

Marktanteile, was deren Wirtschaftlichkeit untergräbt und Investitionen in klimafreundliche Technologien verzögert.

#### Wie teuer wird es?

Der geplante Ausbau von bis zu 20 GW an neuer Gaskraftwerksleistung ist mit hohen öffentlichen Kosten verbunden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat im Zuge der Konsultation zum Kraftwerkssicherheitsgesetz im Herbst 2024 erste Förderkostenschätzungen veröffentlicht, die einen Ausgangspunkt für die Bewertung der Maßnahme bieten.

Darauf aufbauend hat das FÖS geschätzt, dass sich – wenn wirklich 20 GW Kraftwerke neu gebaut werden sollten (d.h. keine Nutzung von Speichern und Flexibilitätsoptionen) –, die Förderkosten für die erweiterte Strategie auf 22,2 bis 32,4 Mrd. Euro belaufen könnten, statt der ursprünglich veranschlagten 15,6 Mrd. Euro – je nachdem, in welchem Verhältnis reine Gaskraftwerke und wasserstofffähige Gaskraftwerke zugebaut werden (FÖS 2025b). Werden nur konventionelle Gaskraftwerke zugebaut oder nur wasserstofffähige, so könnten sich die Förderkosten auf 13,2 bis 33,6 Mrd. Euro belaufen. Abhängig davon, über welchen Zeitraum die Kosten verteilt werde, ergeben sich daraus Subventionen zwischen **1,93 und 5,42 Mrd. Euro pro Jahr**.

#### Besser wäre stattdessen...

Ein Ausbau gesicherter Kraftwerkskapazitäten kann zur Stabilisierung des Energiesystems im Übergang zu einem vollständig erneuerbaren Stromsystem sinnvoll sein – insbesondere, wenn flexibel einsetzbare, wasserstofffähige Gaskraftwerke geplant werden. Wichtig ist dabei jedoch: Die Zahl und Dimension dieser Anlagen muss so gering wie möglich gehalten werden. Bei der Ausschreibung sollten jedenfalls technologieoffen verschiedene Flexibilitätsoptionen bieten dürfen.

Statt pauschaler Ausbauziele braucht es also eine bedarfsgerechte und systemdienliche Planung, die sich an realistischen Versorgungsszenarien und am tatsächlichen Bedarf orientiert. Nur so lassen sich Fehlinvestitionen in fossile Überkapazitäten vermeiden, die nicht nur unnötige Emissionen verursachen, sondern auch erhebliche öffentliche Kosten nach sich ziehen.

Darüber hinaus muss jede geplante Anlage von Anfang an in einen klaren Dekarbonisierungspfad eingebettet sein. Dazu gehört die verbindliche Umstellung auf grüne Gase, wenn verfügbar, sowie die Berücksichtigung aller damit verbundenen Investitions- und Betriebskosten. Nur wenn diese langfristigen Klimakosten mitgedacht, transparent gemacht und bei der Ausschreibung der Anlagen berücksichtigt werden, lässt sich der Einsatz wasserstofffähiger Kraftwerke, wo es keine besseren Flexibilitätsoptionen gibt, verantwortungsvoll rechtfertigen.



Parallel dazu muss der Fokus aber gerade stärker auf den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien, Speichertechnologien und andere Flexibilitätsoptionen gelegt werden – sie bilden das Fundament für ein klimaneutrales, versorgungssicheres Stromsystem und reduzieren den Bedarf an fossilen Reservekapazitäten nachhaltig (FÖS 2024a; FÖS 2025b).

## 2.3 Industrie

### 2.3.1 Strompreiskompensation ausweiten

*„Wir werden die Strompreiskompensation dauerhaft verlängern und auf weitere Branchen ausweiten.“* (CDU, CSU, SPD 2025)

#### Worum geht es?

Für bestimmte stromintensive Sektoren besteht die Möglichkeit, die Mehrkosten, die durch den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) beim Strombezug entstehen, auszugleichen. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, werden teilweise von den indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten entlastet, die Stromerzeuger durch den Kauf von Emissionszertifikaten auf sie überwälzen. Deutschland nutzt die EU-rechtlich möglichen Spielräume der Strompreiskompensation bereits weitgehend aus, im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten, die sich umfangreiche Entlastungen nicht leisten können oder wollen. Die Subvention hat im Jahr 2025 voraussichtlich ein Volumen von rund 3,3 Mrd. Euro (Bundesregierung 2024a).

#### Das Vorhaben wirkt potentiell umweltschädlich,...

da eine Ausweitung der Strompreiskompensation (SPK) den effizienzanzuregenden und emissionsmindernden Preismechanismen durch den EU-ETS grundsätzlich entgegenwirkt (UBA 2021b). Andererseits ist das Instrument bereits so ausgestaltet, dass durch die Orientierung an Benchmarks und durch ökologische Gegenleistungen Elemente enthalten sind, die dem umweltschädlichen Effekt entgegenwirken.

#### Wie teuer wird es?

Die SPK wird als Zuschuss an begünstigte Unternehmen ausgezahlt. Es handelt sich um eine haushaltswirksame Ausgabe, die bisher aus dem KTF finanziert wird. Da die SPK dem europäischen Beihilferecht unterliegt, kann sie von Deutschland nicht einfach ausgeweitet werden. Es ist aber möglich, dass die Europäische Kommission im Rahmen des anstehenden Reviews der Leitlinien im Jahr 2026 zukünftig eine Ausweitung ermöglicht. Im Jahr 2021 war die Sektorenliste von der Europäischen Kommission gekürzt worden. Sofern diese Kürzung wieder rückgängig gemacht wird und die frühere Regelung zurückkehrt, könnte Deutschland eine Ausweitung der Subvention in einer Größenordnung von rund 10 bis 20 Prozent umsetzen.

Dies wird hier als Richtwert für die angekündigte Ausweitung der Subvention (bezogen auf das finanzielle Volumen von 3,3 Mrd. Euro im Jahr 2025) angenommen. Danach würde die Ausweitung der SPK auf weitere Branchen ca. **330 bis 660 Mio. Euro** pro Jahr kosten. Das ist konservativ kalkuliert, weil die Summe beim Ansteigen des Zertifikatspreises ebenfalls „mitwachsen“ würde.

#### Besser wäre stattdessen...

auf eine konsequente Weiterentwicklung des EU-weiten CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus zu setzen (Einbeziehung weiterer Produkte und deren indirekten Emissionen), um perspektivisch die SPK EU-weit auslaufen zu lassen (UBA 2023).

### 2.3.2 Wirtschaftsbranchen im ETS 2 kompensieren

*„Die stark betroffenen Wirtschaftsbranchen im Wettbewerb kompensieren wir unbürokratisch.“* (CDU, CSU, SPD 2025)

#### Worum geht es?

Im ETS 2 ist auf europäischer Ebene bisher keine generelle Carbon Leakage Regelung für Wirtschaftsbranchen vorgesehen, anders als im ETS 1 (kostenlose Zuteilung und Strompreiskompensation). Das hängt auch damit zusammen, dass es mit dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus im ETS 1 künftig eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von importierten Emissionen gibt und ein Schutz emissionsintensiver Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen auf dem europäischen Markt bereits vorsieht. Offen ist noch die Lösung für den wettbewerblichen Schutz von Exporten. Eine Carbon-Leakage-Regelung enthält die Emissionshandelsrichtlinie lediglich für Opt-In-Sektoren im ETS 2, da dort innereuropäische Wettbewerbsnachteile auftreten könnten, wenn nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einführen. Die Koalition plant, Belastungen aufgrund der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im ETS 2 für bestimmte Branchen zu kompensieren.

#### Das Vorhaben wirkt klimaschädlich, weil...

eine Kompensation im ETS 2 das Preissignal des ETS 2 abschwächen kann. Dadurch werden die Anreize zur Emissionsreduzierung gemindert. Ein Schutz emissionsintensiver Unternehmen ist im Emissionshandel für einige Produkte bereits im Rahmen des CBAM geregelt, da auch importierte Emissionen mit dem CO<sub>2</sub>-Preis belastet werden. Deshalb wird im ETS 1 die kostenlose Zuteilung abgebaut. Es wäre zu prüfen, inwiefern die CO<sub>2</sub>-Preise im Rahmen des ETS 2 überhaupt zu relevanten Kostensteigerungen in Branchen mit großem (außer-europäischen) Wettbewerbsdruck führen werden, die eine Entlastung neben dem CBAM rechtfertigen.

#### Wie teuer wird es?

Da die Ausgestaltung noch nicht feststeht, ist das Volumen noch nicht genau bezifferbar. Im Entwurf des KTF

Wirtschaftsplans für 2025 sind für finanzielle Kompensation nach §11 BEHG (i.W. die Carbon Leakage Regelung im nationalen Emissionshandel) 315 Mio. Euro bei einem CO<sub>2</sub>-Preis von 55 Euro/t vorgesehen (Bundesministerium der Finanzen 2025). Nimmt man eine Spannweite des CO<sub>2</sub>-Preises von 50–150 Euro/t an, so beträgt das Subventionsvolumen **285 bis 860 Mio. Euro pro Jahr**, wenn Begünstigtenkreis und Kompensationsgrade wie bisher weitergeführt werden.

#### Besser wäre stattdessen...

Wichtig ist der Gleichklang mit dem ETS 1, bezogen auf Anlagen, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen ETS 1 und 2 zu vermeiden. Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich weiterentwickelt wird, und auch für exportierende Unternehmen keine Carbon-Leakage-Gefahr droht. Ein besonders vorteilhaftes Instrument ist eine zielgerichtete Innovationsförderung (Ecologic 2023).

## 2.4 Landwirtschaft

### 2.4.1 Landwirtschaft vom ETS 2 ausnehmen

*„Vom Opt-in für den Sektor Landwirtschaft in den ETS2 machen wir keinen Gebrauch.“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

#### Worum geht es?

Brennstoffemissionen der Landwirtschaft, z.B. aus Traktoren oder der Beheizung von Gewächshäusern sind in Deutschland in den nationalen Emissionshandel (BEHG) einbezogen. Der ab 2027 geplante europäische Brennstoffemissionshandel (ETS 2), der das BEHG ablösen soll, soll nicht für die Landwirtschaft gelten, obwohl die Emissionshandelsrichtlinie der EU einen Einbezug („Opt-In“) ausdrücklich ermöglicht. Mit der Novelle des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes (TEHG-Novelle) wurde der Einbezug der Land- und Forstwirtschaft noch im Januar 2025 mit den Stimmen von SPD und Union beschlossen (Bundesregierung 2024b).

#### Das Vorhaben wirkt klimaschädlich, weil...

Anreize zur Minderung von Brennstoffemissionen reduziert werden, z.B. erzielbare Einsparungen beim Kraftstoffverbrauch durch schonendere Bodenbearbeitung (FÖS 2024b).

#### Wie teuer wird es?

In der Land- und Forstwirtschaft sind ca. 6–7 Mio. t CO<sub>2</sub> von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im nationalen Emissionshandel erfasst (Öko-Institut 2019; UBA 2024). Bei gleichbleibenden Emissionen und einem erwarteten CO<sub>2</sub>-Preis von 50–150 Euro/t fehlen dadurch Einnahmen in Höhe von **0,3 – 1 Mrd. Euro**.

#### Besser wäre stattdessen...

wie in der TEHG-Novelle beschlossen alle im BEHG einbezogenen Sektoren ohne Ausnahmen in den ETS 2 zu überführen und die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis in der Landwirtschaft in Gänze für klimafreundliche Investitionen und Maßnahmen in dieser Branche zu verwenden.

### 2.4.2 Agrardiesel wieder einführen

*„Wir werden die Agrardiesel-Rückvergütung vollständig wieder einführen“ (CDU, CSU, SPD 2025)*

#### Worum geht es?

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Deutschland profitierten bis 2024 von einer steuerlichen Entlastung beim Einsatz von Dieselmotoren, der zur Betankung von Ackerschleppern, mobilen und stationären Arbeitsmaschinen sowie speziellen landwirtschaftlichen Fahrzeugen verwendet wird. Gemäß § 57 des Energiesteuergesetzes (EnergieStG) erhielten diese Betriebe eine Rückvergütung in Höhe von 0,21 Euro pro Liter, was einer Entlastung von rund 45,7 Prozent der regulären Energiesteuer entspricht. Diese Entlastung wird vorwiegend mit der Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber landwirtschaftlichen Betrieben in anderen EU-Staaten begründet. Aufgrund unterschiedlicher nationaler Besteuerungsniveaus bei Energieträgern soll durch die Vergünstigung die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Landwirtschaftsbetriebe gesichert werden (UBA 2016).

Im Jahr 2024 beschloss der Deutsche Bundestag die schrittweise Abschaffung der Steuervergünstigung für Agrardiesel. Am 2. Februar 2024 verabschiedeten die Regierungsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP das Haushaltsfinanzierungsgesetz, das eine stufenweise Reduzierung der Steuerentlastung vorsieht. Ab dem 1. März 2024 wurde die Rückvergütung um 40 % auf 12,88 Cent pro Liter gesenkt, im Jahr 2025 sollte eine weitere Reduktion um 30 % auf 6,44 Cent pro Liter erfolgen, und ab 2026 würde die Steuervergünstigung vollständig entfallen (BMEL 2024).

#### Das Vorhaben wirkt umweltschädlich, weil...

die Steuerbegünstigung für Agrardiesel im Widerspruch zu den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, insbesondere in den Bereichen Ressourcenschonung, Bodenschutz und Luftreinhaltung steht (UBA 2021b). Sie erschwert die Erreichung der Klimaschutzziele im Agrarsektor, in welchem die energiebedingten Treibhausgasemissionen auf jährlich 1,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente gesenkt werden sollen. Ein erheblicher Anteil dieser Emissionen – rund zwei Drittel – resultiert aus dem Einsatz von Verbrennungsmotoren in landwirtschaftlichen Maschinen und mobilen Geräten (BMEL 2021).

Ökonomische Anreize zur Anschaffung energieeffizienterer oder emissionsärmerer Landtechnik, etwa Maschinen

mit Erdgas- oder Elektroantrieb, werden durch die Agrardiesel-Rückvergütung verringert. Ein technologischer Wandel hin zu nachhaltigeren Bewirtschaftungsformen wird erschwert und der Anreiz zur Senkung des fossilen Energieverbrauchs gemindert (FÖS 2020; FÖS 2024c).

Darüber hinaus führt die steuerliche Entlastung zu einer Verzerrung betriebswirtschaftlicher Kalkulationen: Energieintensive Maschinenarbeit wird gegenüber arbeitsintensiveren, ökologisch vorteilhaften Produktionsweisen bevorzugt (FiFo Köln 2019). Dabei zeigen Praxisbeispiele, dass Betriebe mit reduzierter Maschinennutzung – etwa durch eine auf Standortbedingungen angepasste Bodenbewirtschaftung – langfristig Ertragsstabilität und ökologische Resilienz verbessern können. Eine verbesserte Humusqualität und ein optimierter Wasserhaushalt fördern die Bodenfruchtbarkeit und tragen zur nachhaltigen Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion bei (IFÖL 2019).

### Wie teuer wird es?

Landwirtschaftliche Betriebe können mit der Steuervergünstigung für Agrardiesel im Jahr durchschnittlich Kosten in Höhe von etwa 1.600 Euro pro Betrieb einsparen. Dabei könnten die Kosten durch die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zur Reduktion des Kraftstoffverbrauchs deutlich gesenkt werden. Schätzungen zufolge könnte der jährliche Mehraufwand pro Betrieb auf etwa 525 Euro reduziert werden (FÖS 2021c).

Auf der anderen Seite stellt die Agrardieselsrückvergütung eine erhebliche finanzielle Belastung für den deutschen Bundeshaushalt dar. Im Jahr 2023 beliefen sich die Ausgaben für diese Subvention auf etwa **440 Mio. Euro**.

Diese Summe ergibt sich aus der steuerlichen Entlastung von 21,48 Cent pro Liter Dieselmotorkraftstoff, die land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gewährt wurde (BMF 2023). Für 2025 schätzt das BMF die Kosten für den Haushalt auf **225 Mio. Euro**, ab 2026 aufgrund des bisher geplanten vollständigen Abbaus auf **450 Mio. Euro pro Jahr** (FragDenStaat 2025b).

### Besser wäre stattdessen...

den von der Ampelregierung beschlossenen stufenweisen Abbau der Agrardieselsubvention fortzuführen; zumal geplant ist, mit der Energiesteuerbefreiung für alternative Kraftstoffe einen entsprechenden Anreiz zur Umstellung bei Traktoren zu schaffen. Subventionen sollten nicht den Verbrauch fossiler Energien, sondern Investitionen in Energieeffizienz und Elektrifizierung unterstützen.



## QUELLENVERZEICHNIS

AGEB (2025): Bruttostromerzeugung und Nettostromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern. Abrufbar unter: <https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2025/02/Strerz-Abgabe-2025-02.pdf>. Letzter Zugriff am: .

BDEW (2025): BDEW-Strompreisanalyse März 2025. Abrufbar unter: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>. Letzter Zugriff am: .

BMEL (2021): Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Einsparung in Landwirtschaft und Gartenbau Das Bundesprogramm kompakt. Abrufbar unter: [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/energieeffizienz-landwirtschaft-gartenbau.pdf?\\_\\_blob=publication-File&v=4](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/energieeffizienz-landwirtschaft-gartenbau.pdf?__blob=publication-File&v=4). Letzter Zugriff am: 31.10.2022.

BMEL, B. für L. und E. (2024): Özdemir zur Einigung über Änderungen zur Aufstellung des Haushaltes 2024. Abrufbar unter: <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/001-haushalt-2024-aenderungen.html>. Letzter Zugriff am: .

BMF (2023): 29. Subventionsbericht des Bundes. Abrufbar unter: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/29-subventionsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/29-subventionsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=8). Letzter Zugriff am: 30.8.2023.

Bundesministerium der Finanzen (2025): Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2025. Abrufbar unter: <https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2025/soll/draft/epl60.pdf>. Letzter Zugriff am: .

Bundesregierung (2024a): Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025. Abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012400.pdf>. Letzter Zugriff am: .

Bundesregierung (2024b): Gesetz zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024). Abrufbar unter: <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-anpassung-des-treibhausgas-emissionshandelsgesetzes-an-die-%C3%A4nderung-der/316398>. Letzter Zugriff am: .

CDU, CSU, SPD (2025): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode. Abrufbar unter: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag\\_2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag_2025.pdf). Letzter Zugriff am: .

Ecologic (2023): Policy Options to Address Export-Related Carbon Leakage. Abrufbar unter: [https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch\\_ecologic\\_cbam\\_export\\_leakage\\_2023.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_ecologic_cbam_export_leakage_2023.pdf). Letzter Zugriff am: 7.5.2025.

FiFo Köln (2019): Evaluierung von Steuervergünstigungen. Evaluierungsgruppe A: Energie- und Stromsteuer. Abrufbar unter: [http://www.fifo-koeln.org/images/stories/fifo-bericht%2028-a%20bmf-fe10-16\\_stv-eval\\_a.pdf](http://www.fifo-koeln.org/images/stories/fifo-bericht%2028-a%20bmf-fe10-16_stv-eval_a.pdf). Letzter Zugriff am: 6.12.2024.

FÖS (2017): Subventionen für fossile Energien in Deutschland – Beitrag für eine transparente Berichterstattung im Rahmen der G20. Abrufbar unter: <http://www.foes.de/pdf/2017-05-FOES-Studie-Subventionen-fossile-Energien-Deutschland.pdf>. Letzter Zugriff am: 11.8.2017.

FÖS (2020): Zehn klimaschädliche Subventionen im Fokus – Wie ein Subventionsabbau den Klimaschutz voranbringt und den Bundeshaushalt entlastet. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2020/2020-11\\_FOES\\_10\\_klimaschaedliche\\_Subventionen\\_im\\_Fokus.pdf](https://foes.de/publikationen/2020/2020-11_FOES_10_klimaschaedliche_Subventionen_im_Fokus.pdf). Letzter Zugriff am: 26.11.2020.

FÖS (2021a): Klimaschädliche Subventionen abbauen, den Gordischen Knoten der Klimapolitik lösen Wirkung, Akzeptanz und die Pläne der Parteien. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2021/2021-07\\_FOES\\_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf](https://foes.de/publikationen/2021/2021-07_FOES_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf). Letzter Zugriff am: 29.9.2021.

FÖS (2021b): Pricing methane: Implementing a methane pricing model for the EU gas market. Abrufbar unter: [https://foes.de/en-us/publications/publication?tx\\_foespublications\\_listpublications%5Baction%5D=show&tx\\_foespublications\\_listpublications%5Bcontroller%5D=Publication&tx\\_foespublications\\_listpublications%5Bpublication%5D=267&cHash=ad477dc29f9001e00e041a1441326154](https://foes.de/en-us/publications/publication?tx_foespublications_listpublications%5Baction%5D=show&tx_foespublications_listpublications%5Bcontroller%5D=Publication&tx_foespublications_listpublications%5Bpublication%5D=267&cHash=ad477dc29f9001e00e041a1441326154). Letzter Zugriff am: 11.12.2024.

FÖS (2021c): Zehn klimaschädliche Subventionen sozial gerecht abbauen – ein Zeitplan. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2021/2021-02\\_FOES\\_Klimaschaedliche\\_Subventionen\\_sozial\\_gerecht\\_abbauen.pdf](https://foes.de/publikationen/2021/2021-02_FOES_Klimaschaedliche_Subventionen_sozial_gerecht_abbauen.pdf). Letzter Zugriff am: 2.3.2021.

FÖS (2023a): Sozial gerechter Abbau umweltschädlicher Subventionen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023\\_5\\_FOES\\_Amos\\_Sozial\\_gerechter\\_Abbau\\_umweltschaedlicher\\_Subventionen.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023_5_FOES_Amos_Sozial_gerechter_Abbau_umweltschaedlicher_Subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: .

FÖS (2023b): Subventionssteckbrief: Die Entfernungs-pauschale. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023-11\\_Subventionssteckbrief-Entfernungs-pauschale.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023-11_Subventionssteckbrief-Entfernungs-pauschale.pdf). Letzter Zugriff am: 8.1.2025.

FÖS (2023c): Zukunftsplan Industrie. Sofortprogramm für den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023\\_08\\_Greenpeace\\_Zukunftsplan\\_Industrie\\_-\\_Sofortprogramm\\_Abbau\\_klimaschaedlicher\\_Subventionen.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023_08_Greenpeace_Zukunftsplan_Industrie_-_Sofortprogramm_Abbau_klimaschaedlicher_Subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: 12.10.2023.

FÖS (2024a): Was heißt eigentlich Versorgungssicherheit? – Mit der Energiewende zu Sicherheit, Verlässlichkeit und Stabilität. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024\\_03\\_DUH\\_FOES\\_Impulspapier\\_Versorgungssicherheit.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024_03_DUH_FOES_Impulspapier_Versorgungssicherheit.pdf). Letzter Zugriff am: .

FÖS (2024b): Subventionen und Abgaben im Agrarsektor – Welchen Beitrag können sie zu Umweltschutz und Entlastung des Staatshaushalts leisten?. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024-01\\_Kurzstudie\\_Subventionen\\_und\\_Abgaben\\_im\\_Agrarsektor.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024-01_Kurzstudie_Subventionen_und_Abgaben_im_Agrarsektor.pdf). Letzter Zugriff am: .

FÖS (2024c): Repurposing agricultural subsidies: Funding nature by greening financial flows. Bonn.

FÖS (2025a): G7 – Leere Versprechungen. Wo Deutschland und G7 beim Subventionsabbau stehen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2025/2025-02-FOES\\_G7\\_fossile\\_Subventionen.pdf](https://foes.de/publikationen/2025/2025-02-FOES_G7_fossile_Subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: 8.2.2015.

FÖS (2025b): 20 GW Gaskraftwerke bis 2030 – Was kostet die Erweiterung der Kraftwerksstrategie?. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2025/2025-04\\_FOES\\_BUND\\_Kraftwerkskosten.pdf](https://foes.de/publikationen/2025/2025-04_FOES_BUND_Kraftwerkskosten.pdf). Letzter Zugriff am: .

FÖS, Prognos (2023): Reform umweltschädlicher Subventionen – Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft und Wirtschaft. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/W\\_Reform\\_umweltschaedlicher\\_Subventionen.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/W_Reform_umweltschaedlicher_Subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: 28.11.2023.

FragDenStaat (2025a): Koalitionsverhandlungen CDU/CSU/SPD AG 15 – Klima und Energie. Abrufbar unter: <https://fragdenstaat.de/dokumente/258015-koalitionsverhandlungen-cdu-csu-spd-ag-15-klima-und-energie/>. Letzter Zugriff am: .

FragDenStaat (2025b): Koalitionsverhandlungen CDU/CSU/SPD AG 11 – Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt. Abrufbar unter: <https://fragdenstaat.de/dokumente/258020-koalitionsverhandlungen-cdu-csu-spd-ag-11-laendliche-raeume-landwirtschaft-ernaehrung-und-umwelt/>. Letzter Zugriff am: .

Fraunhofer FIT, IER (2022): Quantifizierung der Verteilungswirkungen der Entfernungspauschale. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/quantifizierungen\\_der\\_verteilungswirkungen\\_zur\\_entfernungspauschale.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/quantifizierungen_der_verteilungswirkungen_zur_entfernungspauschale.pdf). Letzter Zugriff am: 27.4.2023.

IFÖL (2019): Systeme reduzierter Bodenbearbeitung im Trockengebiet Österreichs – Macht reduzierte Bodenbearbeitung den Boden klimafitter?. Wien.

Öko-Institut (2019): Berechnung und Bewertung der jährlichen Emissionsmengen nach § 4 des Entwurfes des

Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG-E). Abrufbar unter: <https://www.oeko.de/fileadmin/oeko-doc/BEHG-cap-Kurzstudie.pdf>. Letzter Zugriff am: .

Süddeutsche Zeitung (2019): Warum Erdgas ein schlechter Ersatz für die Kohle ist. Abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/erdgas-heizung-methan-1.4655930>. Letzter Zugriff am: .

Tagesschau (2024): Höhere Ticketsteuer im Flugverkehr. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/flugreisen-flugtickets-ticketssteuer-mai-100.html>. Letzter Zugriff am: .

UBA (2016): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba\\_fachbroschuere\\_umweltschaedliche-subventionen\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschuere_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf). Letzter Zugriff am: 12.3.2018.

UBA (2019): Umweltschonender Luftverkehr. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-06\\_texte-130-2019\\_umweltschonender\\_luftverkehr\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-06_texte-130-2019_umweltschonender_luftverkehr_0.pdf). Letzter Zugriff am: 5.10.2020.

UBA (2021a): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland-0>. Letzter Zugriff am: 26.1.2022.

UBA (2021b): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2021. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte\\_143-2021\\_umweltschaedliche\\_subventionen.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_143-2021_umweltschaedliche_subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: 28.10.2021.

UBA (2023): Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems (CBAM) in der EU. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/cbam\\_factsheet\\_de.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/cbam_factsheet_de.pdf). Letzter Zugriff am: .

UBA (2024): Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen 2024. Abrufbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/38\\_2024\\_cc\\_berichterstattung\\_klimarahmenkonvention.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/38_2024_cc_berichterstattung_klimarahmenkonvention.pdf). Letzter Zugriff am: .

## IMPRESSUM

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

Geschäftsführende Vorständin: Carolin Schenuit

Redaktion: Swantje Fiedler, Simon Meemken, Beate Richter, Matthias Runkel, Marie Wettingfeld, Florian Zerkawy

Foto: © Gina Sanders – Fotolia.com